

Die Eizellenspende soll nun doch verboten bleiben

Überraschende Kehrtwende der Kommission für Wissenschaft: Frauen sollen für die Eizellenspende weiterhin ins Ausland reisen.

Doris Kleck

Bern

Als hätte er es geahnt: Vor zwei Jahren sagte Jacques Neiryndck zum TA, er könne nicht aus dem Nationalrat zurücktreten, bevor seine parlamentarische Initiative zur Zulassung der Eizellenspende den Nationalrat passiert habe. Seine Partei, die Waadtländer CVP, machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Mit 84 Jahren beendete der Wissenschaftler seine politische Karriere unfreiwillig im letzten Herbst. Nur wenige Monate später steht auch sein grösster politischer Coup vor dem Aus: Die Wissenschaftskommission (WBK) des Nationalrats will seinen Vorstoss abschreiben. Dabei hatte sie der Zulassung der Eizellenspende bereits zugestimmt, ebenso die Schwesterkommission des Ständerats. Der Nationalrat wird im März über das Geschäft befinden.

Neiryndck sah seinen Vorstoss als Akt der Gleichstellung: Weibliche und männliche Keimzellen sollten gleich be-

handelt werden. Heute ist in der Schweiz nur die Samenspende erlaubt. Falls die Schwangerschaft wegen einer Unfruchtbarkeit des Mannes unmöglich ist, kann ein verheiratetes Paar auf eine Samenspende zurückgreifen. Verboten ist hingegen die Verwendung einer gespendeten Eizelle, falls die Frau unfruchtbar ist. Reproduktionsmediziner Peter Fehr geht davon aus, dass jährlich rund 500 Paare für eine Eizellenspende ins Ausland reisen. Es handelt sich vor allem um Frauen zwischen 38 und 45 Jahren, die sich trotz erschöpften Eierstockreserven ihren Kinderwunsch erfüllen wollen.

Es fehlen die Promotoren

Fehr zeigt sich überrascht von der Kehrtwende der Wissenschaftskommission, die vor zwei Jahren der Liberalisierung deutlich zugestimmt hatte. Die WBK gibt als Grund offiziell die Komplexität des Themas an: Die Parlamentarische Initiative sei der falsche Weg zur Umsetzung des Anliegens, weil eine ganze Reihe von Gesetzen angepasst werden müsste. Die Eizellenspende kann nicht einfach analog zur Samenspende geregelt werden, da der Vorgang komplizierter und für die Spenderin mit Risiken behaftet ist: Wer spenden will, muss sich zunächst einer hormonellen Behandlung unterziehen, bevor die Eizellen operativ ent-

fernt werden. «Es stellen sich viele ethische Fragen», sagt Nationalrätin Martina Munz (SP, SH). Zum Beispiel, wie Spenderinnen vor Ausbeutung geschützt werden können. Oder wer überhaupt als Spenderin und Empfängerin zugelassen wird. «Eine Vorlage des Bundesrates ist der beste Weg», sagt Munz.

Für Fathi Derder (FDP, VD) ist dies ein Vorwand. Er hätte es gern gesehen, wenn die Kommission das «wichtige» Vorhaben weiterverfolgt hätte. Beim Entscheid der WBK spielten denn auch anderer Faktoren mit. Kommissionspräsident Felix Müri (SVP, LU) resümiert sie so: «Die Zeit ist noch nicht reif.»

Konkreter wird Jean-François Steiert. Der Freiburger SP-Nationalrat stellt fest, dass sich die Kräfteverhältnisse im Parlament nicht zugunsten einer liberalen Fortpflanzungsmedizin verschoben haben. Er schätzt das Risiko des Scheiterns einer Vorlage zur Eizellenspende im neuen Parlament als gross ein. «Die Einschätzung der Machbarkeit hat zum Meinungsumschwung in der Kommission beigetragen», sagt Steiert. Zudem fehlen im Parlament die Promotoren einer fortschrittlichen Fortpflanzungsmedizin. Nebst Neiryndck war das allen voran der ehemalige Zürcher FDP-Ständerat Felix Gutzwiller. So hat die Begeisterung in der CVP für die Eizellenspende nochmals merklich abgenommen. Und

selbst die FDP, die sich in solchen Fragen gerne aufgeschlossen gibt, war in der Kommission gespalten.

Selbst Italien ist liberaler

Munz führt zudem taktische Überlegungen an: Im Juni kommt das Gesetz zur Präimplantationsdiagnostik (PID) zur Abstimmung. «Der Abstimmungskampf soll sich nicht um die Eizellenspende drehen», sagt Munz. Danach könne man einen neuen Vorstoss zur Eizellenspende einreichen. Reproduktionsmediziner Fehr hat Verständnis für dieses Argument. Leichte Zweifel hat er allerdings, ob nach der Abstimmung wieder ein Parlamentarier mit gleichem Herzblut die Eizellenspende vorantreiben wird, wie es Neiryndck getan hat.

Steiert geht davon aus, dass das Thema in zwei bis drei Jahren wieder auf den Tisch kommen wird: «Je mehr Umgehungsmöglichkeiten geschaffen werden, umso höher wird der Druck, die Eizellenspende zu regeln.» Tatsächlich wird die Schweiz mit ihrer restriktiven Politik einsamer. Im letzten Jahr liessen Österreich und Italien die Eizellenspende zu. Fehr sagt, es gehe den Reproduktionsmedizinern nicht um das grosse Geld: «Die Eizellenspende wird durch das Verbot nicht verhindert. Doch wenn wir sie hier zulassen, können wir die Spielregeln bestimmen.»